

Hubertus Heil

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

SPD

www.hubertus-heil.de

NEWSLETTER

Juni 2010

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

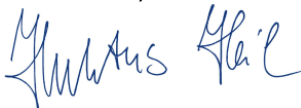
ich möchte Sie in dieser Ausgabe über Aktuelles und Interessantes rund um meine politische Arbeit und unsere Region informieren.

Betriebsräte aus Gifhorn und Peine haben mich in Berlin besucht, die Jobcenterreform ist beschlossen und der kleine Parteitag des SPD-Bezirks Braunschweig hat das Konzept „Wachstum durch Gerechtigkeit“ beschlossen, welches neue Akzente für eine gerechtere Steuer- und Abgabepolitik beinhaltet.

Besonders möchte ich jedoch auf die Verleihung der „Gifhorer Rose“ und der „Peiner Rose“ hinweisen. Über Vorschläge für diesen Preis, für ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement würde ich mich freuen.

Lesen Sie mehr über diese und weitere Themen in meinem aktuellen Newsletter.

Herzlichst, Ihr



Hubertus Heil

Kontakt zu Hubertus Heil

Wahlkreisbüro Peine

Goethestraße 16
31224 Peine
Telefon: 05171-50 683 14
Telefax: 05171-50 683 99
E-Mail: hubertus.heil@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 11
38518 Gifhorn
Telefon: 05371-1 52 69
Telefax: 05371-93 29 25
E-Mail: hubertus.heil@wk2.bundestag.de

SPD-Bezirksbüro Braunschweig

Schloßstr. 8
38100 Braunschweig
Telefon: 0531 - 4 80 98 -0
Telefax: 0531- 4 80 98 50
E-Mail: bezirk.braunschweig@spd.de

Bundestagsbüro in Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030-227-737 10
Telefax: 030-227-767 10
E-Mail: hubertus.heil@bundestag.de

SPD

Impressum - Wahlkreis Info
Herausgeber: Hubertus Heil, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Nachrichten

Peiner und Gifhorner Betriebsräte diskutieren in Berlin über Mitbestimmung und Beschäftigungspolitik

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten und stellv. Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil besuchten die Betriebsräte der Gifhorner IAV Peter Kiene und Axel Rochlitz sowie Reinhard Heuer von der Peiner Träger GmbH die Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion. Unter dem Motto „Mitbestimmung und Beschäftigungspolitik“ diskutierten die Personal- und Betriebsräte mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier und dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel. Thema war u.a. die Weiterentwicklung der Leiharbeit und der dazu eingebrachte Antrag der SPD-Fraktion in den Bundestag „Fairness in der Leiharbeit“. Hubertus Heil dazu: „Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Der Schutz der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-



mer durch mehr Mitbestimmung und durch die Festlegung von Mindeststandards muss durch klare Regelungen gewährleistet sein.“

In der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich Betriebsräte als Krisenmanager profiliert und eine zentrale Rolle bei der Rettung von Arbeitsplätzen eingenommen. Die Mitbestimmung hat sich als Standortfaktor bewährt. In den nächsten Jahren wird sie wichtiger denn je sein. Denn immer mehr Beschäftigte werden befristet eingestellt, bekommen

nur Teilzeitstellen oder arbeiten als Leiharbeitskräfte. Die Angst vor unsicheren Zukunftsperspektiven verhindert, dass Beschäftigte für ihre Interessen im Arbeits- und Gesundheitsschutz oder für eine angemessene Vergütung eintreten. Diese Trends prägen auch die Betriebsratsarbeit nachhaltig und werden sie künftig vor neue Herausforderungen stellen. Sozialdemokraten wollen gemeinsam mit den Betriebsräten die Zukunft der Arbeit fair gestalten. Dabei sind verlässliche Arbeitnehmerrechte zwingend erforderlich.

Mehr Informationen rund um die Themen Arbeitnehmerrechte, Mitbestimmung, Mindestlohn auf www.spdfraktion.de und auf www.spd.de. Bei Fragen zu diesen Themen, stehen auch die Büros von Hubertus Heil in den Wahlkreisen und Berlin zur Verfügung (Kontakt Daten siehe Seite 1 dieses Newsletters)

Nachrichten

„Peiner Rose“ und „Gifhorner Rose“ Hubertus Heil stiftet mit den Landtagsabgeordneten Matthias Möhle, Klaus Schneck und Detlef Tanke je einen Preis für gesellschaftliches Engagement



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil stiftet mit den drei Landtagsabgeordneten Matthias Möhle, Klaus Schneck und Detlef Tanke diesen Preis, um ehrenamtliches gesellschaftliches Engagement in unserer Region auszuzeichnen. Heil: „Wir möchten zukünftig einmal im Jahr vorbildliches Engagement mit der ‚Gifhorner Rose‘ und der ‚Peiner Rose‘ auszeichnen. Viele Menschen setzen sich in ihrer Freizeit für unsere Gesellschaft ein, helfen anderen, die in Not geraten sind oder engagieren sich auf anderen Ebenen und werden dafür nicht entlohnt – sei es bei Sozi-

alverbänden, Umweltinitiativen oder auch im privaten Bereich.“

Die Abgeordneten rufen alle Bürgerinnen und Bürger in den beiden Landkreisen dazu auf, engagierte Persönlichkeiten zu nominieren. Heil, Möhle, Schneck und Tanke erklären: „Wir freuen uns, wenn viele Bürgerinnen und Bürger für die ‚Peiner und Gifhorner Rose‘ vorgeschlagen werden.“ Je eine Jury in Peine und in Gifhorn wählt unter den Bewerbern den ersten Preisträger aus. Dieser erhält ein Preisgeld von 250 Euro. Des Weiteren werden auch Sachpreise vergeben. Für die Peiner Jury konnte Hubertus Heil noch Matthias Möhle, Landrat Franz Einhaus, Bürgermeister Michael Kessler, Gerhard Nolt (Geschäftsführer Caritasverband) und Christian Hoffmann (Geschäftsführer Kulturring Peine) gewinnen. In der Gifhorner Jury sitzen mit Hubertus Heil auch Detlef Tanke, Klaus Schneck, Klaus Gieseke (1. Vorsitzender Gifhorner Plenum) und Ulf Neumann (Diplom Sozialpädagoge und Mediator). Reglements und Vordrucke sind in den beiden Wahlkreisbüros in Gifhorn und Peine (Steinweg 11, 38518 Gifhorn und Goethestr. 16, 31224 Peine) und auf der Homepage (www.hubertus-heil.de) erhältlich. Die Vorschläge sollten bis zum 13. August eingereicht werden.

Schnupperkurs Politik gestartet

Der Schnupperkurs Politik findet bereits zum zweiten Mal statt. In diesem Jahr haben sich über 60 interessierte junge Menschen aus Peine und Gifhorn angemeldet. Den 15- bis 23jährigen Schülerinnen und Schülern, bzw. Studentinnen und Studenten, wird ein interessantes politisches Programm geboten: Am 3. Juni war die Kommunale Selbstverwaltung Thema. Der ehemalige Gemeindedirektor und Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion, Wilhelm Laaf, gab den jungen Menschen Einblicke in die Organe der Gemeinden, deren Aufgaben und Arbeitsweise. Beim zweiten Termin wurde die Redaktion der Peiner Allgemeinen Zeitung besucht. Der Chefredakteur Jörg Schmidt begrüßte die jungen Leute und nahm sich zwei Stunden Zeit den Schülerinnen und Schüler ausgiebig die Arbeit der Redaktion zu erklären. Nach der Sommerpause finden im August weitere Termine statt. So steht unter anderem ein Besuch im Landtag sowie Termine beim Landrat und Bürgermeister auf dem Programm. Im September findet eine zweitägige Fahrt nach Berlin statt.

Extra: Wachstum durch Gerechtigkeit

Hubertus Heil setzt neue Akzente für eine gerechtere Steuer- und Abgabenpolitik. Nach einer lebhaften Debatte beschloss der kleine Parteitag des SPD-Bezirks Braunschweig das Konzept, das auf dem Bundesparteitag der SPD im September diskutiert werden soll. „Wir setzen der Konzeptionslosigkeit der CDU eigene Vorschläge entgegen und sorgen damit für mehr Gerechtigkeit und für positive Impulse für mehr Wachstum,“ erklärte Hubertus Heil.

Kernpunkte der Vorschläge sind Entlastungen für Kleinverdiener, insbesondere bei den Kosten für Soziallasten, und für mittlere Einkommen. „Ein Arbeitnehmer mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1.000 € muss gegenwärtig rund 20 % Arbeitnehmerbeitrag (für Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) bezahlen. Das sind rund 200 €. Durch unseren Vorschlag der progressiven Sozialabgaben würde die Belastung bei diesem Einkommen auf rund 10% sinken. Daraus ergibt sich eine monatliche Entlastung von rund 100 €. Trotzdem bleibt der Versicherungsschutz voll erhalten.“, macht Heil das Konzept deutlich.

Auch und gerade für Arbeitnehmer mit mittleren Einkommen schließen die SPD-Vorschläge eine Gerechtigkeitslücke - den sog. „Weigel-Bauch“. Hubertus Heil: „Der jetzige Spitzensteuersatz von 42 % greift bereits ab einem Jahreseinkommen von 52.882 €. Mittlere Einkommen werden überproportional stark belastet und der Spitzensteuersatz trifft auch Menschen, die tatsächlich keine Spitzenverdiener sind. Beides wollen wir ändern. Unsere Lösung liegt in einer aufkommensneutralen Reform des Steuertarifs: Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 50 % erhöhen, dafür aber deutlich später greifen lassen. Nämlich erst ab einem individuellen Jahreseinkommen von 85.000 €. Diese Reform ermöglicht es uns auch,

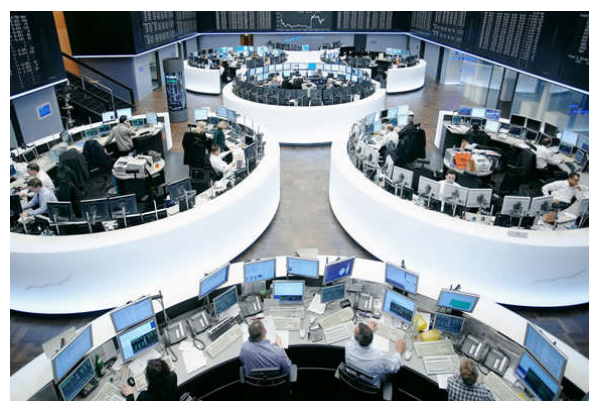
das Steuerrecht durch die Integration der so genannten Reichensteuer in den Steuertarif zu vereinfachen, ohne neue Ungerechtigkeiten zu schaffen.“

Weitere Eckpunkte sind die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns sowie die Verbesserung und Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen. Im Papier heißt es dazu: „Zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft ist die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen wieder zu stabilisieren und im Sinne einer Gemeindefinanzsteuer weiterzuentwickeln. Zudem muss sich der Bund stärker an den Kosten der Unterkunft von Langzeitarbeitslosen beteiligen. Zur Finanzierung der angestrebten Entlastungen und zur Verbesserung des Bundeshaushaltes sollen der Spitzensteuersatz und die Abgeltungssteuer steigen, die Klientelgeschenke der schwarzgelben Koalition zurückgenommen und die Finanzmarkttransaktionssteuer europaweit eingeführt werden.“

+++ Das Konzept „Wachstum durch Gerechtigkeit“ kann auf www.hubertus-heil.de heruntergeladen werden. +++



Die SPD Braunschweig bei der Diskussion des Steuer- und Abgabenkonzepts „Wachstum durch Gerechtigkeit“



Als Beitrag zur Konsolidierung sieht das Konzept „Wachstum durch Gerechtigkeit“ auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor.

Bericht aus Berlin

Reform der JobCenter: Vernünftige Lösung im Sinne der Arbeitssuchenden

Der vorliegende JobCenter-Kompromiss kam nicht dank, sondern trotz der Regierung zustande. Es ist dem beharrlichen Verhandeln der SPD zu verdanken, dass die Blockade der Union überwunden werden konnte. Am vergangenen Donnerstag wurde die Jobcenter-Reform im Deutschen Bundestag beschlossen.



Im Interesse der Arbeitssuchenden haben wir einiges erreicht: Wir verhindern die Zerschlagung der Argen. Die Kommunen und die Agenturen für Arbeit können ihre bewährte Zusammenarbeit bei der Betreuung der Arbeitslosen fortsetzen. Außerdem werden die Rahmenbedingungen für die Betreuung der Langzeitarbeitslosen verbessert. Mit der vereinbarten Entfristung von 3.200 Stellen in den JobCentern bringen wir mehr Planbarkeit in das Leben der betroffenen Betreuer. Vor allem aber sorgen wir auch für mehr personelle Beständigkeit in die Beratung der Arbeitssuchenden. Auch der Betreuungsschlüssel wird endlich gesetzlich festgelegt und zum Teil deutlich verbessert. Nur noch maximal 75 erwerbsfähige junge Menschen unter 25 Jahre oder 150 ältere Erwachsene fallen in die Verantwortung eines einzelnen Betreuers.

Sparpaket der schwarzgelben Regierung unsozial

Die gute Organisationsreform muss nun finanziell unterfüttert werden. Die JobCenter brauchen qualifiziertes Personal und Geld für arbeitsmarktpolitische Programme. Die avisierten Kürzungen im Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind falsch. Wer heute bei den Arbeitsmarktprogrammen spart, zahlt morgen für die Arbeitslosen. +++Mehr unter www.spdfraktion.de +++



SPD und Grüne benennen Joachim Gauck als Bundespräsidentenkandidat

Joachim Gauck tritt als gemeinsamer Kandidat von SPD und Grünen an. Der frühere DDR-Bürgerrechtler steht als parteiloser Demokrat dem von Schwarz-Gelb benannten niedersächsischen Ministerpräsidenten und stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Christian Wulff gegenüber.

Gauck selbst bezeichnet sich als „linker, liberaler Konservativer“. Vielfach hat er bewiesen, dass er grundsätzliche Debatten prägen und unserer Gesellschaft Orientierung geben kann. Dazu wird Joachim Gauck auch die Zeit bis zum 30. Juni nutzen und wichtige Debatten auf die Agenda setzen. „Dieser Staat ist nicht nur der Staat derer, die Staat machen. Er ist auch der Staat derer, die sich als Bürger in freien Verbänden, Vereinen, als einzelne Intellektuelle oder Internet-Community Sorgen machen um unsere Zukunft.“, so Gauck zu seiner Kandidatur.



Terminvorschau

14., 16. und 19. Juli Sommerreise durch den Bezirk Braunschweig (s.u.)

23.-27. August Sommerreise durch den Wahlkreis Gifhorn und Peine

Weitere Informationen zu den Terminen im Sommer im nächsten Newsletter und bald auf www.hubertus-heil.de



Sommerreise im SPD-Bezirk Braunschweig:

Mittwoch, 14.07.2010 in Wolfenbüttel (ab 10.00 Uhr)

Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Wolfenbüttels, Besuch des Integrations- und Therapiezentrum (ITZ) des DRK sowie ein Besuch der Firma Auerswald in Schandelah.

Mittwoch, 14.07.2010 in Königslutter und Schöningen (ab 15.00 Uhr)

Besichtigung des Kaiserdoms in Königslutter, Empfang im Rathaus der Stadt Schöningen und Besichtigung der Ausgrabungsstätte der „Schöninger Speere“.

Freitag, 16.07.2010 in Salzgitter (ab 10.00 Uhr)

Besuch des Marktes Chemnitzer Straße in SZ-Lebenstedt, Empfang im Rathaus der Stadt Salzgitter sowie Besuch der Polizeiinspektion Salzgitter-Peine-Wolfenbüttel.

Freitag, 16.07.2010 in Bad Harzburg (ab 15.00 Uhr)

Besichtigung des Burgbergplateaus, der Bad Harzburger Sole-Therme, des Kurparks sowie des Sportparks und der Pferderennbahn.

Montag, 19.07.2010 in Ehra-Lessien (ab 11.00 Uhr)

Besichtigung des Seniorenzentrums und Informationsgespräch zu kommunal- und bundespolitisch relevanten Themen.

Montag, 19.07.2010 in Wolfsburg (ab 15.00 Uhr)

Besichtigung des Phaeno, Besuch des MTV Vorsfelde, Rundgang durch den Allerpark und Besichtigung des Kolumbianischen Pavillons.